

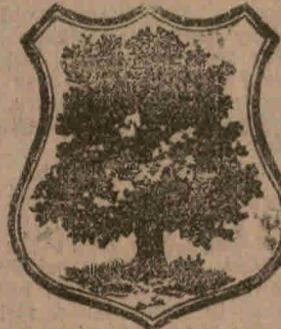
Waldenburger Zeitung

(Waldenburger Wochenblatt)

Fernsprecher 3

Publikationsorgan

der städtischen Behörden von Waldenburg, sowie von Amts- und Gemeindevorständen des Kreises Waldenburg. Postcheckkonto: Breslau Nr. 10073. Konto bei: Dresdner Bank der Stadt Waldenburg, Waldenburger Handels- u. Gewerbebank, Bankhaus Eichborn & Co., Communalständische Bank.



Fernsprecher 3

Erscheint täglich

mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und Feiertagen. Bezugspreis vierteljährlich 4,00, monatlich 1,65 M. frei Haus. Preis der einspaltigen Petitzeile für Inserenten aus Stadt und Kreis Waldenburg 30 Pf., von auswärts 35 Pf., Vermietungen, Stellengebote 25 Pf., Anklamteil 1 M.

34000 deutsche Soldaten zu den Russen übergegangen

Schärfste Maßregeln gegen die widerstreitigen Baltikumtruppen.

Berlin, 30. Oktober. Die Reichsregierung hat in der heutigen Kabinettssitzung mit Rücksicht darauf, daß die Abtransporte aus dem Baltikum bisher absolut ungenügend sind, und überhaupt das Verhalten der dortigen Truppen zu den schärfsten Maßnahmen zwingt, den Beschluss gefaßt, eine Bekanntmachung des Inhalts zu erlassen, daß sämtliche Truppenteile, die nicht bis zum 11. November die deutsche Grenze passiert haben, für fahnenflüchtig erklärt werden. Sie verlieren die deutsche Staatsangehörigkeit und damit auch die Verpflichtungsausprüche. Von zuständiger Seite erfahren wir, daß von den in Kurland befindenden Truppen, ungefähr 34 000 Mann, zu den Russen übergegangen sind, und daß die Rückmarschbereiten Truppen nur kleinere technische Formationen sind. Es hat sich wohl das Freikorps Diebitsch zum Rückmarsch bereit erklärt, die mit den litauischen Truppen vorgenommenen Neubildungen in den letzten Tagen haben aber auch den Rückmarsch dieser Gruppe verhindert. Das deutsche Volk steht also jetzt vor der Tatsache, daß der Rückmarsch der deutschen Truppen aus dem Baltikum nicht in der Weise möglich ist, wie die Regierung es gewünscht hat.

Sondergerichte gegen den Schleichhandel und Preiswucher.

Berlin, 30. Oktober. Der neue Reichsjustizminister Dr. Schiffer hat heute vor Berliner Pressevertretern sein Programm entwidelt über die Ausgestaltung der deutschen Rechtspflege. Unter den geplanten Maßnahmen ist besonders interessant die beabsichtigte Schaffung von Sondergerichten gegen den Schleichhandel und Preiswucher. Gegen die Urteile dieser Gerichte wird es kein Rechtsmittel geben, sie treten sofort in Kraft. Vor dieses Gericht sollen nur solche Fälle gebracht werden, die infolge ihrer Artlichkeit keines Sachverständigen-Urturts bedürfen. Des weiteren wird in Kürze der Nationalversammlung der Entwurf einer Verordnung vorliegen, die die Möglichkeit gibt, besonders schwere Delikte in Preiswucher und Schleichhandel mit Haftstrafe zu bestrafen.

Die erste Vorlage des neuen Reichsjustizministers betrifft eine erneute Erhöhung der Amtshandelsgebühren, die bevorstehende Schaffung eines teilweisen Armentreiches für Amvalisgebühren. Eine andere, in Vorbereitung befindliche Vorlage betrifft die Löschung der Vorstrafen. Diese soll in zwei Abschüttungen erfolgen, im ersten Stadium wird die Auskunftsplicht der Gerichte nur gegenüber bestimmen Hördienst festgesetzt, im zweiten erfolgt die absolute Löschung der Vorstrafen.

Im weiteren Verlauf seiner Tätigkeit hofft der Minister zu durchgreifenden Reformen des Straf- und Strafprozeßes zu kommen. Gleichzeitig werden auch die Bestimmungen über Untersuchungshaft und Strafvollzug einer Reform unterzogen werden. Auch das Bürgerliche Gesetzbuch und das Handelsgesetz sind dem Geiste der neuen Verfassung entsprechend revidiert werden.

Unter den Schriften, die zur Herabsetzung fremden Kapitals dienen sollen, ist auch die Eintragung von Hypotheken in fremder Valuta auf deutschem Besitz in Aussicht genommen und hierfür sollen besondere Maßnahmen des Reichs- und des Reichswirtschaftsministeriums benötigt werden.

Vielleicht sollen diese Maßnahmen, ähnlich wie es in Deutsch-Oesterreich geplant, im Zusammenhang mit dem Reichsnotopfer durchgeführt werden.

Gefängnisstrafen für Schwarzschlachtungen.

Berlin, 30. Oktober. (WB.) Die Bannüberhandlungen gegen die Vorschriften über die Fischbewirtschaftung haben namentlich in Gestalt von sog. Schwarzschlachtungen einen Umfang angenommen, der die Fleischversorgung der Gefangenewohlung auf das schwere gefährdet. Der Reichswirtschaftsminister hat deshalb durch Verordnung vom 28. Oktober 1919 bestimmt, daß in allen Fällen verbotener Schlachtungen auf Gefängnis u. Geldstrafen nebeneinander, nicht mehr wie bisher nur wahlweise aus die eine oder andere Strafe zu erkennen ist. Gleichzeitig ist in der Verordnung über die Fleischversorgung vom 27. März 1916 für alle anderen strafbaren Tatbestände, daß Strafmah in Anlehnung an die übrigen Vorschriften auf dem Gebiete der Ernährungswirtschaft auf Gefängnis bis zu einem Jahre und Geldstrafen bis zu 2000 Mark oder eine dieser Strafen erhöht und den Gerichten die Einziehungsbefugnis gegeben worden.

Eine deutsche Note gegen die Ostseeblockade.

Berlin, 30. Oktober. (WB.) Die deutsche Regierung hat folgende Note in Paris überreichen lassen: Die interalliierte Marinetomission übermittelte der deutschen Marinetomission am 10. Oktober folgenden Funkspruch:

"Infolge des Angriffs auf Riga werden alle Freifahrterlaubnisse für die Schiffe in der Ostsee vorübergehend außer Wirkung gesetzt. Die Schiffe, die sich in See in der Ostsee befinden, sind zurückzurufen, keinen anderen Schiffen ist die Erlaubnis zu geben, in See zu fahren, solange diese Außerkraftsetzung dauert. Deutsche Schiffe, die in der Ostsee in See befindlich angetroffen werden, sind der Beschlagnahme durch die Alliierten unterworfen. Minenräumboote sind zurückzurufen."

Das Ersuchen der deutschen Marinetomission um Bestätigung, daß die deutsche Schiffahrt in den deutschen Gewässern nicht behindert werden würde, wurde von der interalliierten Marinetomission am 14. Oktober wie folgt beantwortet: "Die Außerkraftsetzung der Freifahrt für deutsche Schiffe schließt die territorialen Gewässer ein." Erst durch Funkspruch vom 26. Oktober ist die Sperrre für diese Gewässer aufgehoben worden. Nach der deutschen Regierung zugegangenen Mitteilungen befinden sich auf der Reede von Revelach deutische Schiffe, welche von englischen Seestreitkräften zum größten Teil in den estnischen Hoheitsgewässern angehalten und dorthin eingebraucht worden sind und im übrigen an der Ausfahrt aus dem dortigen Hafen verhindert wurden. Andere Schiffe werden in Libau festgehalten, darunter ein Schlepper mit zwei Leichtern und einer Ladung von 1400 Tonnen Kohle, der auf der Reede von Pillau auf der Fahrt nach Königsberg angehalten wurde. Mehrere Segler wurden in der Nähe der dänischen Küste festgehalten. Sämtliche Schiffe hatten die erforderliche Fahrerlaubnis der interalliierten Marinetomission; sie waren teils vor Ausbruch der Sperrre durch die Kommission, teils zu einem Zeitpunkt ausgeschossen, der, zum Teil schon wegen Mangels an funksletelegraphischer Einrichtung, eine rechtzeitige Warnung an sie unmöglich machte.

Zum übrigen hat die Maßnahme zu einer sehr schweren Schädigung des deutschen Wirtschaftslebens geführt. Zahlreiche deutsche Schiffe liegen in den deutschen Ostseehäfen fest. Unentbehrliche Rohstoffe (Erze usw.), Lebensmittel, namentlich Fleisch, und die in Dänemark gelauften Kartoffeln können, was bei der äußerst ungünstigen Kartoffelernte sehr bedenlich ist, auch mangels der Möglichkeit, deutschen Frachtraum für sie zur Verfügung

zu stellen, nicht der Wirtschaft zugeführt werden. Durch Erstreckung der Sperrre auf die Fischerei, die innerhalb der Küstengewässer nur in ganz beschränktem Umfang möglich und wenig ergiebig ist, entstehen nicht nur ein sehr empfindlicher Ausfall an Nahrungsmitteln für die Großstädte des Binnenlandes und des mehrere 1000 Zentner täglich umfassenden Ertrages des Ostseefischfangs, sondern auch schwere Schäden für die Fischerei bevoelkerung, die ohne Familienangehörige allein 15 000 Körbe umfaßt. Durch bloße Freigabe der Schiffahrt in den Territorialgewässern können diese Schädigungen nicht wieder gut gemacht werden. Vor allem wird diese Beschränkung auch die Heranführung der zur Vermeidung des völligen Zusammenbruches des Wirtschaftslebens in Ostpreußen notwendigen Kohlemengen wesentlich erschweren. Hier hat die durch die Sperrre auch der Küstengewässer herbeigeführte völlige Unmöglichkeit, die schwer überlasteten Bahnen auf dem Wasserwege zu unterstützen, sogar bereits zur Einstellung des Betriebes des Elektrizitätswerkes in Königsberg geführt, wo auch das Gas- und Wasserwerk mit Stilllegung bedroht ist.

Die deutsche Regierung hat in ihren Noten, insbesondere in denen vom 3. und 16. Oktober, zur Frage der Räumung des Baltikums den Nachweis erbracht, daß sie mit allen Mitteln bestrebt ist, den Rückzug ihrer Truppen aus dem Baltikum und Litauen mit großer Energie durchzuführen. Die Alliierten und assoziierten Regierungen haben in ihrer Note vom 10. Oktober die Zweckmäßigkeit der dieseshalb von der deutschen Regierung eingeleiteten Maßnahmen ausdrücklich anerkannt. Auch haben sie den Vorschlag angenommen, alliierte Vertreter zu entsenden, um von den getroffenen Maßregeln näher Kenntnis zu nehmen und etwaigenfalls anderweitige Vorschläge zu machen.

Indem die deutsche Regierung im übrigen auf ihre Stellungnahme in einzelnen in der Note vom 16. Oktober Bezug nimmt, weiß sie davon hin, daß an den Unternehmen bei Riga, die als äußerer Anlauf für die Maßnahme der interalliierten Marinetomission angesetzt sind, die deutschen militärischen Stellen unbeteiligt sind. Sofern etwa unter russischem Befehl stehende frühere deutsche Touppen daran teilgenommen haben sollten, kann die deutsche Regierung nur wiederholen, daß sie ihrerseits alles versucht habe, um dies zu verhindern. Wenn iron dieser Sachlage die Sperrre gegen die deutsche Schiffahrt und vor deutscher Küstenstriche verhängt und dabei sogar zeitweise über die nach den anerkannten völkerrechtlichen Grundsätzen Deutschland zugeschneide Gebietshoheit über seine Küstengewässer hinweggegangen wurde, so muß die deutsche Regierung gegen diese ungerechtfertigten Verfolgungsmaßnahmen, durch die zahllose, an den Vorgängen im Baltikum gänzlich unbeteiligte Deutsche schwer geschädigt werden, nunmehr feierlich vor aller Welt Verwahrung einlegen.

Die deutsche Regierung hat von ihrer Mitteilung vom 27. Oktober Kenntnis genommen, daß die interalliierte Marine-Waffenstillstandskommission angezeigt ist, alle Maßnahmen zu treffen, um den bisherigen Vorstellungen, die sich beinahe auf Fischerboote und sonstige kleine Fahrzeuge befrankt haben, zu entsprechen. Sie muss jedoch feststellen, daß bisher, abgesehen von dem eingangs erwähnten Funkspruch vom 26. Oktober und auf die auf besondere Anfrage erfolgte Wiederzulassung der Minenräumarbeiten, den zuständigen deutschen Stellen von der genannten Marinetomission keine Mitteilungen weder hinsichtlich der in ihrer Note vom 27. Oktober besonders erwähnten Fischerei noch hinsichtlich der nicht erwähnten Zulassen aus den neutralen Ländern zugegangen sind. Andererseits vermag die deutsche Regierung, woraus von der deutschen Friedensdelegation vornehmlich hingewiesen worden ist, irgend welche

militärische Gelände für den Hinterland der drückenden Einschränkungen nicht zu erkennen. Höchstens für die Absicherung der Küste von der deutschen Grenze bis zur südlichen Grenze Finnlands, nicht aber für die Stillegung der gesamten deutschen Ostseeschifffahrt außerhalb der deutschen Küstengewässer könnten Gründe militärischer Art angewandt werden. Die deutsche Regierung erachtet daher die alliierten und assoziierten Regierungen nochmals dringend, die Maßnahme, die bei ihrer Anordnung ausschließlich als vorübergehend bezeichnet worden ist, nunmehr völlig aufzuheben und Anordnungen zu treffen, daß alle festgehaltenen Schiffe, die sich zurzeit ihrer Festhaltung in Unkenntnis der angeordneten Sperrung befinden haben, ihren Eigentümern zurückgegeben werden.

Die in der Note erwähnte Mitteilung des Herrn Clemenceau vom 27. Oktober lautete:

Die alliierten und assoziierten Mächte haben Ihre Vorstellungen hinsichtlich der Schiffahrt der Fischerboote und anderer kleinerer Fährzeuge deutscher Nationalität in der Ostsee geprüft. Sie haben die interalliierte Marine-Waffenstillstandskommission entgegen, alle Maßnahmen zu treffen, um den Vorstellungen der deutschen Regierung nach Möglichkeit und insofern Gewege zu tun, als derartige Maßnahmen nicht den als unumgänglich erachteten militärischen Maßregeln widersprechen würden.

Eine Rede Erzbergers in der Nationalversammlung.

113. Sitzung, 30. Oktober.

Am Regierungstisch: Schisser, Müller, Koch, Dell, Schmidt, Erzberger, Rosse, Schäde, Mohr.

Die Novelle zum Gesetz über das Branntweinmonopol wird in zweiter und dritter Lesung ohne Aussprache verabschiedet.

Es folgt die

dritte Sitzung des Staats.

Reichsfinanzminister Erzberger:

Die deutschen Defensivleute und die ganze Welt haben Anspruch darauf, Karlsruhe zu erhalten über den Stand der Reichsfinanzen. Der Staat für 1918 schließt ab mit insgesamt 79 Milliarden Mark und ist damit der höchste Staat, den jemals das Reich gehabt hat. Hoffentlich haben wir uns niemals wieder mit einem solchen Riesenetat zu beschäftigen. Wir müssen in allen Ressorts zur alten Sparanstalt zurückkehren. Im Interesse der Gründung unserer Finanzen müssen wir verlangen, daß alle sachlichen Ansprüche aus der Kriegssituation in den nächsten drei Monaten abgemildert werden. Erst dann können wir uns einen genauen Überblick über die Höhe dieser Summen machen. Für die persönliche Seite der Entwicklung des Krieges fehlten wir eine Frist bis zum 31. März 1920. Wir werden rücksichtslos gegen Entlastungen vorgehen und sind der gewöhnlichen Hoffnung, daß die verunsicherten Einnahmen einzunehmen werden. Wir hoffen, daß die neuen Steuern die erwarteten 9 Milliarden bringen werden. Großes Aufsehen erregt hat der hohe Stand unserer Reichsschulden. Gewiß sind 204 Milliarden eine hohe Summe, aber wir müssen daran vorbereitet sein, daß wir 10 Milliarden Zinsen werden zahlen müssen. In Wirklichkeit wird dieser Betrag noch überschritten werden. Wir werden am 1. April 1920

eine Reichsschuld von 212 Milliarden

haben. Im Inlande und im Auslande ist behauptet worden, daß wir täglich 450 Millionen Banknoten drucken. Das ist falsch. Da Banknoten in erheblichem Maße gefälscht worden sind, müssten neue Noten an ihre Stelle gesetzt werden. Das ist aber keine neue Ausgabe, sondern einfach die Erziehung falscher Banknoten durch richtige. In der Zeit vom 15. Januar bis 15. Oktober 1919 ist täglich im Durchschnitt die Summe von 27,52 Millionen Mk. in Banknoten mehr ausgegeben worden. Alle anderen Zahlen sind falsch. Man hat bemängelt, daß der Staat keine genauen Zahlen enthält über die Ausgaben aus Kalkül des Friedensvertrages. So lange wir auf diesem Gebiet nicht völlig klar seien, werde ich einen solchen Bertrag in den Staat nicht einsehen. Wir alle hoffen und erwarten, daß der Friedensvertrag von der Gegenseite sachlich geprüft wird und daß alle Forderungen der Leistungsfähigkeit Deutschlands unverpaßt werden. Würden wir heute schon eine bestimte Ziffer nennen, so würden wir damit unserem Volke den schlechtesten Dienst erweisen, denn jede Ziffer würde von der Gegenseite

als zu niedrig bezeichnet

werden. In Frankreich und in Belgien würde die Leistungsfähigkeit auf ein Höchstmaß gesteigert werden und man würde dort sagen, daß Deutschland sich von seinen Verpflichtungen freilenkt will. Man würde diese Ziffer als Mindestmaß ansehen und deshalb wäre es richtig, würden wir jetzt schon eine solche Ziffer nennen. Wir haben schon immer erklärt, daß wir den Vertrag erfüllen wollen. Diese Erklärung ist ehrlich gemeint, aber niemand kann mehr leisten, als in seinen Kräften steht. Auch die Gegenpartei sollte einsiehen, daß überspannte Forderungen unverpaßbar sind. Man sollte sich nicht zu sehr an den Gold-Festisch halten. Die Beleidigungen werden nicht in Gold oder Geld erfüllt, sondern durch wirtschaftliche Leistungen, durch Abrechnungen von Forderungen, durch Übergabe von Sachgütern usw. Ein anderes gibt es nicht. Soll unsere Leistungsfähigkeit groß sein, und daran hat vor allem Frankreich ein Interesse, dann muß unser Wirtschaftsleben vor störenden Einfüssen bewahrt werden. Nur wenn wir über unser Erzeugungsmaß hinaus Waren erzeugen, können wir solche ausführen. Bleibt unsere Erzeugung hinter diesem

Widerstand zurück, so wird keine Gewalt der Erde aus dem betroffenen Deutschland die Leistungen aus dem Friedensvertrage herausholen können. Eine Zahlungsunfähigkeit Deutschlands würde auch

die Zahlungsunfähigkeit Frankreichs zur Folge haben.

Eine Politik des Hasses bringt uns daher nicht weiter, sondern nur eine Politik der Verständigung und der Arbeit kann Europa der Heilung entgegenführen. Schon die vier Milliarden, die wir 1871 von Frankreich bekommen haben, haben den Anstoß gegeben zu einer gewaltigen wirtschaftlichen Krise. Was möchte erst die Folge sein, wenn Frankreich seine überspannten Forderungen wirklich erfüllt bekommt? Deutschland würde der läufigste Wettbewerber auf dem Weltmarkt werden und der deutsche Markt würde als Absatzmarkt für andere Länder kaum noch in Frage kommen. Deutschland verfügt noch in Auslande über einen Marktbestand von 16 bis 17 Milliarden. Wir müssen versuchen, diese Summe in die Form einer kleinen Anleihe zu bringen und werden den Besitzern und den Bündern, in denen sie wohnen, am besten gedient haben. Mit einer Verordnung ist eine

Gesundung des Baluts

nicht zu erreichen, mit Arbeit kann uns helfen. Die Regierung kann hier nicht helfen, keine Regierung der Welt könnte helfen, daß der deutsche Volk kann sich nur selbst helfen. Je weniger geschrieben und getobt und je mehr gearbeitet wird, desto besser für die Baluta. Auch in Berlin könnte viel mehr gearbeitet werden. Wo ist das alte jaubere Berlin geblieben? Die Erkenntnis von diesen Dingen muß in die letzte Stütze getragen werden. Die Schieber fragen nicht nach dem Stande der Baluta, sie schreien, ganz gleich, ob die Mark 50 oder 5 Centimes wert ist. Sie fragen nur nach dem Verdient. Beider folgt auch ein Teil des Handels jetzt diese Methode. Das ist eine betrübende Errscheinung. Das ganze Volk muss an der Lösung dieser Aufgabe mitwirken.

Entbehrliche Genuss- und Luxusgüter

dürfen nicht in diesem Umfang eingeführt werden. Nur bei stärkster Einschränkung werden wir eine Entlastung des Kurses erreichen, der auf unserer Währung liegt und wir werden Geld frei bekommen für die Einfuhr notwendiger Lebensmittel und Rohstoffe. Die wichtigste Aufgabe des Finanzministeriums ist die Herabänderung der schwedischen Schulden. Hätten wir bis 1918 unsere Ausgaben vedeckt, oder wenigstens die Zinsen, so würde unsere Finanzlage ganz anders sein als jetzt. England hat es so gemacht. Man hat deshalb seine Steuerpolitik als heroisch bezeichnet. Die deutsche Steuerpolitik wird niemand so nennen. Den Weg der alten Anleihen können wir nicht gehen. Es ist ein neuer Weg gefunden worden: Der Weg der Sparpolitik.

Diese Methode wird aber sofort bekämpft. Will man etwa neue Anleihen mit höheren Zinsen aufnehmen? Das würde zu Schädigungen der früheren Anleihen führen. Durch die Verkürzung des Spielteufels soll die Sparfamilie gefördert werden. Die Sparräumen anleihe wird vom 10. bis 26. November ausgelöst werden, und ich hoffe, daß das Resultat günstig für die Finanzverwaltung sein wird. Die Finanzen des Reiches werden auf eine gesunde Grundlage gestellt werden. Dazu bedarf es der Mitarbeit des gesamten Volkes. (Beifall.)

Abg. Schulz-Bromberg (Dtsl.): Wir lehnen den Staat ab. (Hört! hört! bei der Mehrheit.) Wir erkennen selbstverständlich die Pflicht der Regierung an, die für die Fortführung der Geschäfte notwendigen Arbeiten zu leisten, insbesondere müssen die Löhne und Gehälter weiter bezahlt werden. Wir können aber für diesen Staat die Verantwortung nicht übernehmen. (Lachen bei der Mehrheit.)

Abg. Dr. Heinze (D. Wt.): Die deutsche Volkspartei hat zahlreichen Einzelheiten des Staats beigebracht, soweit sie sich auf die Wiederanbindung auswärtiger Beziehungen und auf die Ausrichtung der inneren Ordnung bezogen. Nach den Gevlogenheiten parlamentarisch regierter Länder besteht aber die Zustimmung zum Staat mehr als die Zustimmung zu den Einzelheiten, sie drückt das Vertrauen zu der jeweiligen Regierung aus. Aber die Deutsche Volkspartei kann der heutigen Regierung ihr Vertrauen nicht aussprechen und wird daher gegen das Staatsgesetz stimmen. (Beifall rechts.)

Abg. Seger (U. S. mit Gedächtnis empfangen): Wir lehnen den Staat selbstverständlich ab. (Lachen.) Die Regierung stützt sich auf die Gewalt und daher können wir ihr kein Vertrauen aussprechen. (Beifall bei den U. S., Lachen bei der Mehrheit.)

Reichsfinanzminister Erzberger:

Ich kann die Ablehnung des Haushaltshauses durch die Unabh. Sozialdemokraten und durch die Deutsche Volkspartei verstehen. Auch von seiner Abrechnung durch die Deutschen Nationalen bin ich nicht überrascht. Aber Ich hätte protestieren müssen, ich gegen die dafür gebotene durchaus ungültige Begründung. Wo ist je in der ganzen Welt ein Haushaltshaushalt beschlossen worden, in dem das Aufkommen aus Steuern genau feststand? Bestreiten muß ich, daß die Zahl und die Höhe der Bevölkerung der Bevölkerung mit den Grundsätzen der Sparanstalt nicht harmoniert. Für die Bedeutung, daß die Wirtschaft nicht aufhören, ist der Abg. Schulz jeden Beweis schuldig geblieben.

Hierauf wird in der Gesamtabstimmung der Reichshaushaltshaushalt für 1919 gegen die Stimmen der Deutschen Nationalen Volkspartei, der Deutschen Volkspartei und der unabhängigen Sozialdemokraten endgültig genehmigt.

Das Haus vertagt sich als dann auf den 20. November nachmittags 3 Uhr.

Lechte Telegramme.

Bethmann-Hollweg vor dem Untersuchungsausschuß.

Berlin, 31. Oktober. In der heutigen Sitzung des Untersuchungsausschusses will man nach den Morgenblättern den früheren Reichskanzler von Bethmann-Hollweg nur seine Aussagen machen lassen. Die Fragestellung soll in einer anderen Sitzung vorgenommen werden.

Konservative Staatsverweigerer.

Berlin, 31. Oktober. Die Parteigruppierung bei der Schlusstafelstimme über den Staat in der Nationalversammlung wird, wie die "Morgenpost" schreibt, noch lange Gegenstand des politischen Interesses sein, denn zum ersten Male haben damit auch bürgerliche Parteien (die Deutschen Nationalen und die Volksparteien) die Niede) in Deutschland den Staat im ganzen abgelehnt.

Ein Oberkommissar für Danzig.

Berlin, 31. Oktober. Aus Paris wird gemeldet: In Ausführung des § 108 des Friedensvertrages war vom Obersten Rat der Alliierten in Paris ein Oberkommissar für den Freistaat Danzig zu ernennen, der als Vertreter des Völkerbundes seinen Sitz in Danzig haben soll. Diese Ernennung ist nun erfolgt. Oberkommissar von Danzig wird der Engländer Sir Reginald Tower. Er ist Ende der 50er Jahre, hat in Deutschland studiert, spricht fließend deutsch und ist eine in der britischen Diplomatie bekannte Persönlichkeit, und wie es heißt, von demokratischen Anschauungen. Seit dem 4. August 1911 ist er Gesandter in Buenos Aires. Der Oberkommissar wird in den nächsten Tagen in Danzig eintreffen und im Oberpräsidium Wohnung nehmen.

Die Entente verbietet die oberösterreichischen Kommunalwahlen.

Berlin, 31. Oktober. Aus Versailles wird gemeldet: Der Ministerrat hat eine Note an die deutsche Friedensdelegation beschlossen, Deutschland aufzufordern, die in Oberschlesien geplanten Kommunalwahlen nicht vornehmen zu lassen, da vor der Ankunft der interalliierten Kommission, die zeitlich das Land verwalten sollte, keine Neuwahlen stattfinden könnten.

Französische Gewalttherrschaft im Rheinlande.

Berlin, 31. Oktober. Die Verhältnisse in dem von den Franzosen besetzten Gebiete sind, wie der "Vorwärts" sagt, derartig, daß sie gar nicht schwarz genug geschildert werden können. Mit den Franzosen zog der Geist der Unzulänglichkeit, der Brutalität und Ungerechtigkeit, der kleinstlichen Schikanen und der giftigsten Geschäftigkeit in den Rheinlanden ein. Ein sozialdemokratischer Abgeordneter, der die Verhältnisse aus eigener Erfahrung kennt, berichtet dem "Vorwärts" die hässlichsten Dinge von den Drauzialierungen der Bevölkerung durch die Franzosen.

Ein belgisch-holländisches Bündnis?

Amsterdam, 31. Oktober. Der Rotterdamer Korrespondent des enfeindfreudlichen "Telegraaf" erfährt aus Brüssel, daß die französische Regierung sich energisch für ein Bündnis zwischen Belgien und Holland im Anschluß an Frankreich einsetzt. Im letzten belgischen Ministerrat haben die aus Paris zurückgekehrten Delegierten Segers und Orts über die französischen Vorschläge Bericht erstattet. Der Ministerrat hat diese Vorschläge mit gemischten Gefühlen aufgenommen. Es würde sich um ein französisch-holländisch-belgisches Defensivbündnis mit Zustimmung Englands und der Vereinigten Staaten handeln.

Theater, Kunst und Wissenschaft.

Harnack über die Offenbarung Johannis. In der Akademie der Wissenschaften sprach Adol. v. Hartack über die "Offenbarung Johannis". Die "Offenbarung" ist das einzige prophezeiende Buch des Neuen Testaments, und alle mystischen Strömungen des Christentums sind aus ihm geflossen. Die Legende hat sich durch die scheinbare Dunkelheit des Buches nicht abschrecken lassen, allen aufklärenden Spuren nachzugehen und ist zur Überzeugung gekommen, daß die "Offenbarung" die christliche Bearbeitung einer anonymen jüdischen Apokalypse darstellt. Die Enthüllung der Lehren fällt in die Jahre 68 bis 70 unserer Zeitrechnung, während man die christliche Umarbeitung um das Jahr 96 anzusehen hat. Unter der Vorgabe, daß es Weissagungen der Urzeit seien (es gibt auch eine apokryphe Apokalypse des Moses), wurden diese politisch-religiösen Schriften in das Volk geschmuggelt, denn Religion und Patriotismus waren den Juden damals eins. Als die Christenverfolgungen unter Domitian in Kleinasien begannen, ist diese Apokalypse von einem Christen — wie Harnack glaubt, einem syrischen Gemeindeältesten namens Johannes, nicht dem Apostel — bearbeitet worden. Der jüdische Urtyp fordert, trop glühenden Zornes gegen die Bedrücker, nie zu einem Aufstand gegen die Römer auf; er verurteilt allein auf Gott und den Messias und wiederholt stets nur die Mahnung: "Harret auf." Der christliche Bearbeiter geht dagegen in sehr freizügarem

christianismus weiter. Da die christliche Kirche bis jetzt zu einer klaren Stellungnahme nicht gelangte, so ist darnach der Meinung, daß es dem Gewissen jedes einzelnen Christen überlassen ist, den Weg zwischen den Klüften weltlicher und religiöser Widersprüche zu nehmen.

Die deutsche Oper wieder in Italien. Wie ein Telegramm aus Rom meldet, wurde als erste deutsche Oper im Chiarellatheater in Turin Wagners "Lohengrin" gegeben. Die Oper hatte einen ungemeinen Erfolg und fand in dem überfüllten Hause eine begeisterte Aufnahme.

Eine Humperdinck-Feier fand am Sonntag im Roskoder Stadttheater in Anwesenheit des Komponisten statt. An einem Vortrag des Direktors Neubert schloß sich die "Maurische Kapitulation". Abends fand die Erstaufführung von "Gänseliesel" statt. Die Uraufführung der neuen Ouvertüre, wie der ganze

Tag, gestalteten sich zur eindrucksvollen Huldigung für den antwortenden Meister, der stürmisch gerufen wurde. Der Chor war zusammengestellt aus Roskoder Studenten, die zum Schluss auf offener Bühne dem Meister eine besondere Huldigung darbrachten. An dem durchschlagenden Erfolg hatte Kapellmeister Fritz Weichselburg besonderen Anteil.

Deutschfeindliche Kundgebungen in einem New Yorker Theater. "New York Times" meldet aus New York, daß es bei der Aufführung von "Bar und Zimmermann" im Lexington-Theater erneut zu großen deutschfeindlichen Kundgebungen im Theater und auf der Straße kam. Die Sänger wurden mit faulen Eiern beworfen. Verschiedene Personen sind bei den Zusammenstößen verwundet worden. Infolge dieser Demonstrationen verbot der Bürgermeister die Aufführung deutscher Opern, doch der Besitzer des Opernhauses erhob gegen die Verordnung

Einspruch und setzte es durch, daß die Vorstellungen wieder aufgenommen werden konnten. Jedoch auch die neue Aufführung wurde nach einem Bericht der "Times" von deutschfeindlichen Elementen gestört. Als Sänger und Orchestermitglieder wieder mit faulen Eiern beworfen wurden, stellte das Orchester tapfer aus. Endlich schnitt die Polizei ein und entfernte die Demonstranten aus dem Theater.

Wettervoraussage für den 1. November:
Zu Aufheiterung neigend, schwachwindig, milder.

Druck u. Verlag Ferdinand Domel's Erben
(Geschäftsleitung: O. Dietrich). — Verantwortlich
für die Schriftleitung: B. Münn, für Melamine und
Inserate: G. Anders, sämtlich in Waldenburg.

Heute früh 2½ Uhr verschied nach langen, mit Geduld ertragenen Leidern unsere herzensgute, treu-sorgende Gattin, Mutter, Schwiegermutter, Großmutter, Schwägerin und Tante,

Frau Martha Klinkert,

geb. Tannhäuser.

im Alter von 58 Jahren 6 Monaten.

Dies zeigen tiefbetrübt an:

Die trauernden Hinterbliebenen.

Ober Waldenburg, Ober Weistritz,

den 31. Oktober 1919.

Die Beerdigung findet Montag nachmittag 2 Uhr von der Fürstlichen Leichenhalle in Ober Waldenburg statt.



Achtung! Achtung!
Stelle Sonnabend den 1. Novbr. 1919
eine Anzahl billige

Achtung! Achtung!
Arbeitspferde
in Waldenburg im Gathof „zur Krone“
zum sofortigen preiswerten Verkauf.

Schimmnock, Pferdehandlung,
Schweidnitz.

Täglich feinsten geruch. schweflich,
frische Räucherheringe,
frische feinsten Anchovia,
feinste Sardinen.
Fritz Alex, 300-Spezial-Großh.,
Dittersbach, Kreis Waldenburg i. Sch.

Zwei öffentliche Vorfragen.
Hat die Bibel Prophezeiungen für unsere Zeit?
Eine Antwort auf den Artikel des Herrn Winzer, Sandberg
(Tageblatt Nr. 250)

Sonntag den 2. November 1919, nachmittags 4 Uhr.

Die neueren Entdeckungen und die Bibel
Mittwoch den 5. November 1919, abends 8 Uhr,
in der Aula der ev. Mädchenschule, Auenstraße 12, Waldenburg.
Jedermann ist herzlich eingeladen.

Hainbäcker-Verein Nieder Hermsdorf, Bez. Breslau.
1. Lokale Kaninchen- u. Produkten-Ausstellung

am 2. und 3. November 1919.
im Gathof „z. Friedenshoffnung“ in Ndr. Hermsdorf.
Protektor: Herr Bürgermeister Klauser.

Eröffnung: Sonntag den 2. November, vormittags 10½ Uhr.
Achtung! Jeder 100. Besucher erhält ein
Kaninchen gratis. Achtung!

Es lädt freundlich ein

Die Ausstellungsleitung.

„Schiffahrt“, Neu Weißstein.
Sonntag den 2. November 1919:

Große musikalische Unterhaltung.
Hermann Wolf.

Es lädt ergebnist ein

Zahnatelier

für Zahnersatz, Plomben, Zahn-Operationen, Gleichstellung aller schiefgewachsenen Zähne usw.

Oswald Hönsch, Waldenburg,
Freiburger Strasse 16.

Wir empfehlen unsere

Klee-Reinigungs-Anlage

zur gefl. Benutzung und sichern eine schnelle und saubere Arbeit zu.

Landwirtschaftliche Hauptgenossenschaft

a. G. m. b. H.
Zweigstelle Freiburg i. Schles.,
Maschinenfabrik und Reparaturwerkstatt.

Aligold und Silber jeder Art

kaufen zu höchsten Preisen zum Selbsteinschmelzen

Carl Frey & Söhne,
Juweliere und Goldschmiedemeister.

Gerichtl. vereidigte Sachverständige.

Waldenburg, Ring 13,
und Freiburg i. Sch., Ring 26.

Streng reell! Stein Darlehnschwundel!
Es gibt noch immer Leute, die zweifeln!

erhält ein jeder Mensch, nur überzeugen!
Jedermann, der sich an mich wendet,
erhält sein gewünschtes
Darlehn in jeder Höhe von Mk. 100—100 000,
auch Hypothekengelder von Mk. 100—500 000,
nur die Überzeugung macht es!

Kurt Symnik, Weißstein, Hauptstraße 116,
2 Minuten von der Haltestelle der Straßenbahn: „Marktplatz“.
Bürostunden von 8—12, 2—6 Uhr.

Vorsichtige Männer Aengstliche Frauen

befolgen Dr. med. Millers Anweisung über natürliche Beschränkung der Kinderszahl. Unzählige Anerkennungen,
Gegen Vereinsendung von Mk. 1.— franko und verschl.

vom

SANITAS-DEPOT, Abt.: 630, Charlottenburg 5.

2 Sachelösen,

10 Sachen hoch, 4 breit, 2 tief,
sehr gut erhalten, stehen zum Abbruch zum sofortigen Verkauf.

Preisangebote unter A. B. in
die Geschäftsst. d. Btg. erbeten.

Kleinere und mittelgroße

starke Rissen

zu kaufen gesucht.

Gustav Seeliger, G. m. b. H.

Alte Gebisse

per Zahn 2 bis 20 Mark,

auch ganz alte und zerbrochene

Teile, Brennstifte, Platin, Metall-

gebisse

zu besonders hohen Preisen!

Hôtel „Gelber Löwe“,

Zimmer 2.

Karl Meschig.

Lexikon,

Meyer oder Brockhaus, große

Bücher, laufe. D. 250 postl.

Königszelt.

Feine Herrenwäsche z. Plätzen

wird angenommen

Schuhhofstr. 3, 1 Treppe.

Gustav Seeliger, G. m. b. H.

Haarschmuck,

Spannen, Kämme, Peile rege-

riert sofort Fritz Speck,

Herren- u. Damenstr. Walden-

burg, Charlottenstr. 16

Handfeger u. Stubenbesen

aus Robhaar, Borste und Kokos,

Wäschekörbe aus guter Weide,

Kaffeemühlen nur gute Fabrikate,

Bestecke u. Aluminiumlöffel

zu jedem Preise in jeder Ausführung.

Partiewarenhaus am Sonnenplatz.

Hilfsausschuß für Kriegsgefangenenheimkehr der Stadt Waldenburg.

Mittwoch den 12. November c.

zum Besten der heimkehrenden
bedürftigen Kriegsgefangenen:

Großer Konzert-Abend

im Saale der Gorkauer Bierhalle

unter Mitwirkung der Waldenburger Berg-Kapelle,
des Hunde'schen Männerchors, des Waldenburger
Sängerklubs und der Gesanglehrerin Frl. E. Reuter
vom Herzog'schen Konservatorium.

Eintrittspreise. Logenplatz 4 Mk., 1. Platz 3 Mk.,
2. Platz 2 Mk. und Stehplatz 1 Mk.
Im Vorverkauf sind Eintrittskarten zu haben in der
Buchhandlung von Knorrn, am Ring, im Zigarren-
geschäft der Firma Kammel, Freiburger Straße,
bei der Firma R. Hahn, Freiburger Straße, und in
der „Bergwacht“- Buchhandlung am Sonnenplatz.
An der Abendkasse erhöhen sich die Preise für
Loge und 1. Platz um 1 Mk., für den 2. Platz um
50 Pf. und Stehplatz um 20 Pf.

Saalöffnung 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, Beginn 7 $\frac{1}{2}$ Uhr, Schluss gegen 10 Uhr.

Vortragsfolge mit Liedertexten
an der Kasse zu haben. ::

Apollo-Theater.

Freitag bis Montag:

Das gutgewählte Schlager - Programm!
Fred Horst, der berühmte
Meisterdetektiv,
in dem aufsehenerregenden Schlager:

Extrablatt: „Fred Horst ermordet“.

4 lange Akte.

Spannend, aufregend von Anfang bis Ende.
In der Hauptrolle: **Bruno Eichgrün.**

Ferner der glänzende Lustspielschlager:

Elli studiert die soziale Frage.

Ein Lachschlager ersten Ranges
mit **Paul Herbig.**

Versäumen Sie nicht dieses glänzende Programm!
Um recht zahlreichen Besuch bittet Der Besitzer.

Empfehl:

Pelz-Hüte,

Pelz-Kappen,

Pelz-Garnituren

in einfachen, sowie in guten, edlen Qualitäten.

Sämtliche Pelz-Umarbeitungen

werden nach neuesten Formen gediegen und preiswert ausgeführt.

Marie Huhndorf, Vierhäuserplatz.

Stroh und Heu

jedwede Mengen kauft ab allen Stationen, sofort
und spätere Lieferung, eventuell im Tausch gegen
Düngemittel.

Strohpreisen stelle auf Wunsch zur Verfügung

Arthur Schütze, Berlin W. 62,

Wittenbergplatz 2.

Telephon: Amt Steinplatz 10311.

Vertreter werden eingestellt.

Militärmantel zu kaufen ge-
sucht Albertistraße 3, III.

Kaffeeesbona

oder kleiner Gasthof, Stadt oder
Land, wird zu kaufen gesucht.

Edvard Kasseck,

Koberwitz, Kr. Breslau.

Gasthof zum deutschen Hause,

Waldenburg.

Sonnabend den 1. November:

Schafkopf - Turnier.

Anfang 1/8 Uhr.

Es findet freundlich ein.

Hermann Adam.

Orient-Theater.

Nur 4 Tage!

Freitag bis Montag: Das eigenartig-
ste Filmwerk deutscher Kinokunst!

Alleinige Erstaufführung!

Uebertrifft

die kühnsten Ideen
Jules Vernes!

Die Arche Noah der Zukunft.

Das gewaltige

Gegenstück zum

„Himmelsschiff“.

Die einzige Überlebenden des kommenden

7 Akte. Weltuntergangs. 7 Akte.

Nach dem berühmten Mistelin-Roman von Werner Schafft: „Die Arche.“

Ferner:

Paul Heidemann,

der urkomische, unübertreffliche Komiker, in:

Scheidung ausgeschlossen.

3 Akte.

Tolle Erlebnisse eines Ehemannes.

Union-Theater

heute und folgende Tage!

Anfang 5 $\frac{1}{2}$ und 8 Uhr!

Kassenöffnung 4 $\frac{1}{2}$ Uhr!

Bitte rechtzeitig kommen!

Das großartigste Prunk- u. Paradesstück aller Zeiten:

Veritas vincit (Die Wahrheit siegt!)

Frage! Sie unsere Besucher nach deren
Urteil, Sie werden staunen!!!!

Während der Vorstellung kein Eintritt, deshalb im
eigenen Interesse rechtzeitig kommen!

Vorverkauf von 4 $\frac{1}{2}$ Uhr ab!

Lichtspielhaus „Bergland“

NeuWaldenburg, Scharnhorststrasse 3, Ober Altwasser.

Achtung!

2 Erstaufführungen!

Freitag bis Montag:

4 Bruno Kastner-Tage!

Der große Schlager:

Die goldene Lüge

Erschütterndes Schauspiel
der hohen Gesellschaft
in 5 Aufzügen.

Der große Sensations-

Detektiv-Schlager:

Pierettes goldene Tasche.

Ein nervenaufregendes

Abenteuer

des berühmten Detektivs

Rat Arnheim

in 5 großen Akten.

Einlagen.

Wochentags 6 und 8 Uhr,

Sonntags 4, 6 und 8 Uhr.

Wegen des enormen An-

dranges wird dringend

gebeten, die Nachmittags-

Vorstellungen zu besuchen.

Keine erhöhten Preise!

Für Kinder

2 grosse Elitevorstellungen

mit Programmwechsel.

Sonnabends 4 Uhr,

Sonntags ab 2 Uhr.

Stadttheater in Waldenburg.

Sonntag den 2. November c.

nachm. 3 Uhr:

Auch ich war ein Jüngling.

Abends 7 $\frac{1}{2}$ Uhr:

Die tolle Komödie.

Montag den 3. November c.

Glaube und Heimat.

Eintrittspreise vom 1. Novbr. an

Borverkauf und Abends

gleiche Preise.

Sperrpreis 4,50 M., I. Blag 3,50 M.,

II. Blag 3,00 M., Stehpl. 2,00 M.

Galerie 1,00 M.

Waldenburger Zeitung

Nr. 256.

Sonnabend, den 1. November 1919

Beiblatt

Deutschland gegen die Blockade Sowjet-Russlands.

Berlin, 31. Oktober. Die deutsche Regierung hat in Paris folgende Antwortnote überreichen lassen:

Auf die dortige Note Nr. 1849g vom 25. Oktober bezieht sich die deutsche Regierung nachstehendes zu erwidern:

Die deutsche Regierung hat ständig durch Wort und Tat bewiesen, daß sie sich der schweren Gefahren voll bewußt ist, die die Ausbreitung des Bolschewismus für Kultur und Wirtschaftsleben aller Völker bedeutet. Die deutsche Regierung hat selbst im eigenen Lande nicht unerhebliche kommunistische Bewegungen erlebt und sie mit Erfolg bekämpft. Sie war deshalb in der Lage, über Ursachen und Ausbreitung bolschewistischer Strömungen eigene Erfahrungen zu sammeln, auf Grund deren sie es für ihre Pflicht hält, darauf hinzuweisen, daß ihr die von den alliierten und assoziierten Regierungen vorgeschlagenen Maßnahmen gegen das bolschewistische Russland

den gewollten Zwecken nicht zu entsprechen scheinen. Das deutsche Volk hat in den letzten Jahren die Wirkungen der Hungerblockade in ihrer ganzen Furchtbarkeit gespürt, es weiß, daß unter ihr in erster Linie Kinder, Freizeit, Frauen und Kranken, also an der Kriegsführung Unbeteiligte, in grausamster Weise gelitten haben. Es weiß auch, daß die Blockade am die Geistesverfassung der Bevölkerung in zerstörende Sinne gewirkt und die anarchistischen Bewegungen nur gefördert hat, statt sie zu hemmen. Es steht zu befürchten, daß sich diese Erfahrungen in Russland wiederholen würden. Straßmaßnahmen von außen gelten in Russland immer als Werkzeuge der Reaktion, die von den demokratischen Elementen des Landes bekanntlich noch mehr gefürchtet wird als der Bolschewismus. So werden gerade die demokratischen Kräfte, das stärkste Element im Kampfe gegen den Bolschewismus, von ihrem Ziele abgelenkt und gelähmt.

Die antibolschewistische Strömung, die sich tiefer in die Arbeiterschicht hinein erstreckt, als es nach außen hin den Anschein hat, wird nicht durch wirtschaftliche Absperzung, sondern vielmehr dadurch gestärkt, daß sich der barnedierliegenden russischen Volkswirtschaft Aussicht auf baldige Hilfe eröffnet. Nur von der Wiederherstellung des für den ruhigen Wiederaufbau Europas so notwendigen Kontaktes mit anderen Völkern läßt sich eine Angleichung des politischen Lebens in Russland an die europäischen Demokratien erhoffen. Hinzukommt, daß sowohl nach den allgemeinen völkerechtlichen Grundsätzen, wie auch insbesondere nach der Satzung des künftigen Völkerbundes im vorliegenden Falle Voraussetzungen für die Beendigung der wirtschaftlichen Blockade nicht gegeben sein dürften.

Aus allen diesen Gründen hält die deutsche Regierung nach wie vor die von ihr vertretene Politik der Richtliniierung in die inneren Angelegenheiten Russlands

nicht nur grundsätzlich berechtigt, sondern auch für tatsächlich zweckentsprechend. Daran ändert auch der Umstand nichts, daß die Beteiligung Deutschlands an dem von den alliierten und assoziierten Regierungen geplanten Vorgehen nach Lage der Verhältnisse kaum von politischer und wirtschaftlicher Bedeutung sein würde, da Russland zur See von den alliierten und assoziierten Regierungen blockiert ist und zu Lande eine gemeinsame deutsch-russische Grenze nach dem Intratitreten des Friedens nicht mehr bestehen wird.

Die deutsche Regierung ist bereit, sich an der Aussprache über die in Betracht kommenden Fragen, deren weltpolitische Bedeutung sie gebührend werte, zu beteiligen. Sie wird sich allen ihr irgendwie zweckmäßig erscheinenden Maßnahmen, die das gemeinsame Ziel des

Schutzes gegen den Bolschewismus erreichen helfen, gern anschließen.

Die deutsche Regierung kann jedoch nicht umhin, in erster Form darauf aufmerksam zu machen, daß ein Zusammenwirken der Mächte nur dann erproblich sein könnte, wenn neben der Erkenntnis des gemeinsamen Interesses auch die Achtung und lohale Anerkennung der gegenseitigen Rechte gesichert ist. Dass diese Voraussetzung vorliegt, kann aber so lange kaum angenommen werden, als die alliierten und assoziierten Regierungen es für angängig erachten, in demselben Augenblick, in dem sie Deutschland zur Teilnahme an der Blockade auffordern, über deutsche Küsten und deutsche Schiffe selbst Blockade-Maßregeln zu verhängen.

Die neue preußische Städteordnung. Die neue preußische Städteordnung wird bemüht, der preußischen Landesversammlung zugänglich zu machen. Über ihren Inhalt sind wir in der Lage, folgende Einzelheiten mitzuteilen:

Die Städteordnung hat 112 Paragraphen und verzählt in 12 Abschnitte, nämlich Stadt und Bürger, Stadtoberhauptenversammlung, Magistrat, besondere Verwaltungsstellen, Ehrenämter, Beamte, Angestellte, Selbstverwaltungsangelegenheiten, Bauhandicrafts-

fragen, Auftragsangelegenheiten, Rechtsmittel, Staatsaufsicht, Übergangsbestimmungen.

In Selbstverwaltungsangelegenheiten sind die Städte former Anweisung der Aufsichtsbehörde unterworfen. Die Städte sind berechtigt, ihr Vermögen selbstständig zu verwalten. Zum Vermögen gehören alle Werte, die nicht zum Verbrauch oder zur Deckung laufender Ausgaben bestimmt sind. Das Vermögen ist in seinem Bestande unverkürzt zu erhalten. Die Erträge des Vermögens dienen zur Befreiung der städtischen Ausgaben, das Vermögen selbst darf nicht verwendet werden. Die Städte sind berechtigt, Anträge zu werbenden Zwecken anzunehmen. Die vorübergehende Aufnahme von Wirtschaftsmitteln, die innerhalb eines Jahres aus städtischen Einnahmen wiederentzogen werden, gilt nicht als Anleihe.

Die Städte aufsicht verleiht folgende Befugnisse: Orientierung über alle städtischen Verhältnisse durch Einsicht in die Akten, Beauftragung rechtmäßiger Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung, Eingriffsrecht bei ungünstiger Verwaltungsrätigkeit der Stadt, Mitteilung städtischer Beschlüsse vor dem Intratitreten in folgenden Fällen: Wahl von Bürgermeister und Beigeordneten, Erlass von Ortsstatuten, Abweichungen von den Vermögensvorschriften, Aufleihnahmen, Bürgschaftsaufnahmen, Erhebung von mehr als 250 Prozent Zuschlägen zur Staatseinkommensteuer bei unterschiedlicher Belastung der Realsteuern untereinander oder der Realsteuern einerseits und der Einkommensteuer andererseits, wenn die prozentualen Zuschläge zu der einen Steuerart um mehr als die Hälfte höher sein sollen als zu der anderen. Die Aufsichtsbehörde hat das Recht, Bürgermeister abzusehen und Stadtoberhauptenversammlungen aufzulösen.

Bezuglich der Rechte und Pflichten der Städte auf dem Gebiete des Schulwesens verbleibt es bis zur gesetzlichen Neuregelung bei den geltenden Bestimmungen. Die Wahlen zur Stadtverordneten-Versammlung finden auf Grund der neuen Städteordnung zum erstenmal im Jahre 1920 statt. Die Wahlzeit der Bürgermeister und Beigeordneten erstreckt drei Monate nach Intratitreten der neuen Städteordnung.

Die Vorschriften über Stadtverordnetenversammlung und Magistrat sind im demokratischen Sinne unverändert, sie entsprechen in allgemeinen den inzwischen eingetretenen Veränderungen. Die Wahl ist geheim, Verhältniswahl, Wahlzeit ist vier Jahre. Bürgermeister, die keine Besitzung zum Richteramt haben, erhalten einen hauptsächlichen Beigeordneten, der diese Fähigkeit hat, als Gehilfen.

Ein Intratitreten für die neue Städteordnung ist nicht vorgesehen.

Aus Stadt und Kreis.

Waldenburg, 31. Oktober 1919.

Reformationsfest.

Wieder einmal jährt sich der Tag, da der aufschreite, deutsche Mann, Dr. Martin Luther, an den Toren der Wittenberger Schloßkirche seine Thesen anschlägt und so den Markstein im Leben des deutschen Volkes aufstellt, einen Grenzstein, von dem aus sich ein neues Leben regt — vorwärts und aufwärts!

Wir nennen jenen Tag mit stolzem Erstaunen den Tag der Reformation. Ein neuer Geist, nicht nur in religiöser Beziehung, sondern auch im gesamten völkischen Leben, jährt sich auf das deutsche Volk herab und erfüllt Leben und Streben unseres Volkes mit reichem Leben und starker Kraft. Und am Anfang dieses neuen Zeitalters steht ein Mann, der das Beste wollte, mit einem Herzen voll glühender Liebe zu seinem Volke und Vaterlande, durchdrungen von innerster Frömmigkeit und Gottesverehrung.

Und wenige Tage noch, dann jährt sich ein anderer Tag — der Tag der Revolution. Ost hat man diesen Tag mit dem Reformationsstag verglichen und hat nach Parallelen gesucht. Wie läßlich aber sind alle Versuche gescheitert; denn schon die Männer, die sie machten, können nicht mit dem Reformationshelden einen Vergleich ausrichten, viel weniger aber ihr Leben und Wirken. Gerade das, was wir an Luther bewundern, was Freund und Feind anerkennen müssen, was ihn zum deutschen Helden macht — wir suchen es vergebens an jenen Geistern, die vielleicht eine politische Reformation wollten, aber eine Revolution brachten. Man Luthers Geist das Edelste in der Volksseele neu belebte, den Glauben an Gott und deutsches Wesen, so bewirkte der Geist der Revolution die Abwendung von Gott und den Niedergang des deutschen Volksbewußtseins.

Hunderte von Jahren sind ins Land gegangen, und das Werk jenes großen Wittenberger Volksmannes besteht noch fort. Mehr als sonst laufen heute Feinde seines Werkes Sturm, um es zu Fall zu bringen. Da gilt es, am Reformationsjahr zusammenzustehen und eine lebendige Mauer zu bilden gegen das Sturmnemmen des Unglaubens. Auch die, die Luthers religiösen Wollen fernsehen, müssen an diesem Tage voll stolzer Freude auf jener Mauer hinweisen, der uns allen vorbildlich sein kann als deutscher Mann voll deutschen Glaubens.

In diesem Sinne kann und darf ganz Deutschland den Reformationsstag feiern, mehr als je im Hinsicht auf die verworrene, zerstohrene Art des heutigen Deutschland. Alle Herzen aber müssen sich in dem

Wunsche vereinigen, daß der Mann erschehe, der in größter Volks- und Gewissensnot ein Führer sei — vorwärts und aufwärts!

Errichtung einer Volkshochschule in Waldenburg.

Die Arbeitsgemeinschaft der Lehrervereinigungen Groß-Waldenburgs hielt in der Aula der evangelischen Schule in Waldenburg ihre vierte Vollversammlung unter Vorsitz des Rektors Anders (Waldenburg) ab, an der auch Kreisschulinspektor Dr. Biegel teilnahm. Seitens des katholischen Lehrerinnenvereins war der zeitgemäße Antrag eingegangen, energische Maßnahmen gegen die die Sittlichkeit untergrabenden Filmvorführungen zu ergreifen, die unter dem Aushängeschild des „Aufklärungssäum“ ihre verderbliche Anziehungs- kraft ausüben und eine große sittliche Gefährdung der Jugend bedeuten. Es wurde beschlossen, eine Spende an die Polizeiverwaltung und den Landrat zu richten, daß hier eingeschritten wird. Leider hat die Filmfreiheit zur Verbreitung dieser Schlager und Kassenfüller viel beigetragen und es erscheint recht notwendig, daß wieder eine örtliche Filmzensur eingeht. Der Vorstehende wies noch auf die Filmvorführungen hin, die seitens der Stadtverwaltung für die Jugend veranstaltet werden.

In der Hauptfrage beschäftigte sich die Versammlung mit der Volkshochschulfrage, die bereits in der vorherigen Sitzung behandelt worden war. Oberlehrer Dr. Pielisch erstattete zunächst Bericht über die Breslauer Hochschultagung, der durch einen Bericht des Rektors Stein (Salzbrunn) über eine zweite Tagung Ergänzung fand. Nunmehr wurde Stellung genommen zu den Vorschlägen des Arbeitsausschusses für die Gründung der Volkshochschule. Die vorgelegten Grundgedanken, die ein Kompromiß der verschiedenen Anschauungen darstellten, fanden eine sehr eingehende und lebhafte Begründung.

Schließlich wurde als Name und Wesen festgesetzt: Die in Waldenburg zu errichtende Volkshochschule ist als allgemeine, freie deutsche Volkshochschule zu bezeichnen.

Allgemein soll sie sein in dem Sinne, daß jeder männliche und weibliche Volksgenosse von 18 Jahren ab, also nach seiner Berufsausbildung, berechtigt ist, die Volkshochschule zu besuchen. Die Bezeichnung „allgemein“ schließt ausdrücklich jede Bevorzugung von Ständen, Berufen, Glaubensgemeinschaften und politischen Parteien aus. Frei soll sie sein in dem Sinne, daß sie sich auf eine freiheitliche Verfassung gründet und ohne Prüfungen und Berechtigungen ist.

Als deutsche Volksschule hat sie das Ziel, Liebe zur Heimat und zum deutschen Volkstum zu erwecken und zu pflegen.

Ferner wurde nach längerer Aussprache eine Einigung über die weiteren Ausgaben der Volkshochschule erzielt, die u. a. darin bestehen, den Charakter zu festigen, in wichtigen Wissensgebieten in vollständiger Weise aufzulären, den Hörer in den Stand zu setzen, sich allgemein und beruflich weiterzubilden, Geist- und Gemütsbildung zu pflegen.

Der Lehrplan soll umfassen a) die Volkswirtschaftslehre mit allen ihren Nebengebieten, b) Geschichte im weitesten Sinne, c) Muttersprache, d) Naturwissenschaften, e) Erd- und Himmelkunde, f) Weltanschauung im weitesten Sinne, darüber fällt auch Religiöses.

Für fremde Sprachen, Mathematik u. a. können auf Wunsch der Hörer bei einer bestimmten Beteiligung Kurse eingerichtet werden.

Beschlossen wurde, über acht Tage eine neue Versammlung abzuhalten, in der die Weiterberatung erfolgen soll. Vor allem wird sich diese Versammlung mit der Frage zu beschäftigen haben, wie nun praktisch die Volkshochschule in Waldenburg nunmehr ins Leben gerufen werden soll. Möchte nunmehr nach dieser sehr gründlichen Vorarbeit dann auch wirklich die Verwirklichung der Volkshochschule möglichst bald zur Tat werden. Anderwarths ist man schon am Ziel.

Ein Antrag des schlesischen Landbundes.

Nachstehender Antrag ist vom schlesischen Landbund den zuständigen Stellen überreicht worden:

Die ausreichende Belieferung der Landwirtschaft mit künstlichen Düngemitteln ist nach den bisherigen Zuteilungen seitens der Reichsstelle für das Jahr 1920 vollkommen aussichtslos.

Die bereits ausgegebenen Bestellungen werden nach dem hier eingegangenen Bericht erst in 1½ Jahren geliefert und kommen somit für die Aussaat 1920/21 zu spät. Die Regierung läßt außer acht, daß die Landwirtschaft bei ausreichender Düngung auf den 37 000 000 Morgen mit Brotsfrüchten bebauten Landes 100 000 000 Zentner Getreide mehr erzeugen kann.

Zur Gettergewinnung sind 14 900 000 Morgen mit Hafer bestellt und würden über 40 000 000 Zentner Hafer Mehrertrag bringen. Kartoffeln 12 000 000 Morgen, pro Morgen 20 Zentner Mehrertrag = 240 000 000 Zentner.

Zuckerrüben 2 250 000 Morgen, pro Morgen 30 Zentner Mehrertrag = 67 500 000 Zentner.

Die Landwirtschaft findet bei der Regierung keine genügende Unterstützung. Ist die Landwirtschaft durch reichliche Importe künstlicher Düngemittel in der Lage, die Produktion zu fördern, so brauchen wir nicht Unsummen für ausländische Lebensmittel aufzuwenden. Während der Kriegsjahre sind zur Gewinnung des Stichstoffs aus der Luft neue Fabriken entstanden, aber infolge der immer wiederkehrenden Arbeitsausstellungen, der mangelhaften Kohlenbelieferung, des Fehlens von Eisenbahnwagen ist die Arbeitskraft dieser Fabriken lahm gelegt. Aus denselben Gründen haben wir ungenügende Phosphorsäure und Kalifürühr.

Das Handelsabkommen mit der Schweiz ist der schlagende Beweis für die vollständige Unkenntnis der Bedürfnisse der böhmischen Landwirtschaft. Das neue Abkommen mit Polen entzieht wieder dem deutschen Volke Urmengen von Kohlen, die wir selber so nötig haben. Auch die jetzige Art der Verteilung der künstlichen Düngemittel trägt zum Mangel an Düngemitteln bei.

Es muss Vorsorge getroffen werden, daß der Preis für 1 Zentner Kartoffelkündungen nicht den Preis für 1 Zentner Getreide übersteigt, wie dies heute der Fall ist und daß die Düngemittel nicht durch hohe Steuern (Stichstoffumlage bei schwefelsaurem Ammonium 8,50 M. pro Zentner) verteuert werden, da die hohen Preise hemmend auf die Produktion wirken.

Der Schlesische Landbund fordert im Namen von über 100 000 schlesischen Landwirten, die ihm als Mitglieder angehören, unverzügliche Lieferung von Stichstoff, Phosphorsäure und Kali, damit die Landwirte in die Lage versetzt werden, für das deutsche Volk ausreichend Nahrungsmittel erzeugen zu können.

Wenn die Flocken fallen...

Wenn die Flocken fallen, dicht und schwer, und die Landschaft in ein weiches Dammentuch einküllen, dann haben unsre Jungens und Mädels, Eins — zwei — drei — sind Schneeballen gesammelt. Mit Hurra geht's zum Angriff. Ein lustiges und tolles Treiben. Der Übermut blüht unserer Jugend aus den Augen. Sie kennen noch keine großen Sorgen, die Glücklichen...

Die Mutter daheim ist wenig erwartet über den Segen, den Frau Holle spendet. Sie denkt an Schuhe, schuhende Hölle — sie denkt an Brennholz. Da wachsen die Zahlen in ihrem ohnehin stark belasteten Wirtschaftsbuch. Und sie rechnet und rechnet und kann zu keinem befriedigenden Ergebnis kommen. Sorgenfalten umvölkern ihre Stirn.

Da stürmen die kleinen herein — glücklich, mit strahlenden Augen. Das Gesicht gerötet, das Haar zerzauscht. Die Mutter hat ihre Sorgen vergessen. Sie möchte sie schelten, ihre Lieblinge. Aber das leuchtende Glück aus den Kindern Augen bringt das Hausmutterchen nicht zu ihrem Vorhaben.

Wenn die Flocken fallen, dicht und schwer, dann denken auch wir Großen der seligen Kindergartens. Dann ist der Alltag in weiteren Weiten gerückt. Wir brauchen solche Augenblicke; sie sind selten in dieser düsteren, tröstenlosen Gegenwart.

Und weiter fallen die Flocken und spinnen Märchenräume...

* Weitere Einschränkungen im Personenzugfahrplan. Die Breslauer Eisenbahndirektion teilt mit: Da die Kohlemot immer größer wird und der Mangel an leistungsfähigen Lokomotiven sich von Tag zu

Tag verschärft, muß von Montag den 3. November ab eine weitere Einschränkung im Personenzugfahrplan eintreten. Es sollen die in den Fahrplänen mit einem Punkt versehenen Züge bis auf kleine Veränderungen vom genannten Tage ab weg. Auf den Stationen werden Aushänge angebracht, die die wegfallenden Züge enthalten.

* Geschäftsjubiläum. Eine alte angesehene Waldenburgsche Firma, die Eisenhandlung C. H. Neumann Söhne in der Freiburger Straße, kann am kommenden Sonnabend auf ein 50 jähriges Bestehen zurückblicken.

* Der Vitragehilfe als „Debemann.“ Die Pressestelle des Magistrats schreibt ans: Nach einer Bekanntmachung des Landrats sind seit dem 29. Oktober die weißen Bezugsscheine auf Butter oder Fett, soweit sie von der Stadt Waldenburg ausge stellt worden sind, gesperrt. Die Scheine dürfen unter keinen Umständen eingelöst werden und ihre Inhaber sind an die Kreisschule zu verweisen. Der Grund zu dieser auffälligen Maßnahme ist darin zu suchen, daß seit Wochen mehr weiße Bezugsscheine im Umlauf sind, als der reguläre Gang der Dinge es erlaubt. Wie sich durch die eingeleitete Untersuchung ergaben hat, hat ein aus dem Lebensmittelamt ausschließlich beschäftigter jüngerer Schreiberehilfe die Zeit seiner Beschäftigung dazu benutzt, eine größere Menge von Butter-Bezugsscheinen auf die Seite zu bringen. Nach eingeratener Eingeständnis hat er Wochenlang über 200 Wochenmengen bezogen, die er dann pfandweise an Gastwirte ausgeben verkaufte. Er machte dabei ein so gänzlich gutes Geschäft, daß er Herrlich und in Dresden leben konnte. Seine verschwendervolle Lebensführung erregte schließlich Verdacht, jedoch er unter Beobachtung gestellt wurde, wobei sich roch die Quelle seines fetten Lebens ergab. Der beitügerische Jüngling war, bevor er aufscheißweise auf dem städtischen Lebensmittelamt beschäftigt wurde, auf dem Landratsamt in Stellung, mußte aber dort entlassen werden, weil er sich an den Außermärkten vergriffen hatte. Leider erfuhr man diese Tatsache zu spät.

* Die Obstversorgung der Stadt Waldenburg erreicht mit dem heutigen Tage vorläufig ihr Ende. Wie aus den neueren Anzeigen zu erkennen war, wird heute der lebte Waggons Obst verkauft. Daß der Vorwurf der Stadtbewaltung war es möglich, welche Kreise unserer Stadt und weit darüber hinaus mit billigen Apfeln, die von bester Art und außerordentlich haltbar sind, für längere Zeit zu versorgen. Zum Verkaufe gelangten rund 5000 Zentner, die nicht weniger als 39 600 Mark Precht kostet haben. Es hat also jeder Zentner rund 8 Mark Brachkosten verursacht. Dammerhin konnten die Äpfel trotz der hohen Erwerbskosten noch erheblich unter dem Hochsprieze verkauft werden.

* Welcher Landwirt liefert Kartoffeln gegen Bezugsschein? Diese Anfrage war Mitte Oktober in allen Zeitungen unserer Nachbarschaften, die und jetzt gedruckt, zu lesen. Das Lebensmittelamt steht bis heute noch auf den ersten Eingang eines Erntebabtes. Dagegen gehen auf dem Lebensmittelamt zahlreiche Klagen ein, daß die Bauern die ihnen auf Grund seines Verordnung von allen bekannten zugehörigen Bezugsscheine, ohne besondere Mitteilungen über die Gründe, kurzerhand an die Bezieher zurückgeschickt. Die Zeiten sind offenbar dahin, wo das Wort und der Handdruck noch etwas galten. Vielleicht hätte das Lebensmittelamt mehr Erfolg gehabt.

hat, wann es geschrieben hätte: Welcher Landwirt liefert Kartoffeln gegen Kohlen um.

* Katholischer Jungmännerverein. Im sozialpolitischen Kurzus des Katholischen Jungmännervereins sprach gestern Gewerkschaftssekretär Professor (Christliche Gewerkschaften) über „Die freien Gewerkschaften“. Nach einem Überblick über die geschichtliche Entwicklung der freien Gewerkschaften ging er näher ein auf die Stellung derjenigen zur Partei und machte die interessante Angabe, daß bis vor kurzem freie Gewerkschaften und Partei nebeneinander ließen, sich sogar befreundeten. Jetzt geben die Gewerkschaften vollständig in der Partei auf, was zur Folge hat, daß diese vollkommen in der Partei hängen, weil sich die Partei in vier Parteien gespalten hat. Die Beobachtung ist aber zu machen, daß die freien Gewerkschaften in ihren Verbänden immer mehr in das radikale Lager übergehen. Für katholische junge Männer können nur die christlichen Gewerkschaften als Organisationen in Frage kommen. Im Verlauf der Aussprache wurde besonders über die Ausgestaltung der Kurze beraten. Die Kurze beginnen fünfzig Minuten abends 8 Uhr. Die Teilnahme von Damen, die sich sozialpolitische Kenntnisse erwerben wollen, ist erwünscht. Am nächsten Samstagabend wird Redakteur Sütinger über „Die politischen Parteien der Vergangenheit und Gegenwart“ sprechen.

* Stadt-Theater. Man schreibt ans: Die vom 1. November an geltenden Eintrittspreise im Stadt-Theater sind in der heutigen Anzeige bekanntgegeben. Sonnabend nachm. 3 Uhr ist die 4. Aufführung der Schwanensee. „Auch ich war ein Jungling“ und abends 7½ Uhr wird zum 8. Male die Operette „Die tolle Komödie“ aufgeführt. Die zweite und letzte Aufführung des Dramas „Glaube und Heimat“ ist am Montag. Am Dienstag wird das Singspiel „Das Dorf ohne Glöckle“ zum 4. Male wiederholt. Es gelten die Preise, wie sie vom 1. November festgesetzt sind. Für die Operette „Der Graf von Luxemburg“ finden täglich Proben statt. Die Titelrolle in der Operette „Die Puppe“ ist mit Fil. Grete Vielert besetzt.

Weißstein. Religiöse Kundgebung. Der vom evangelisch-lutherischen Missionsausschuß in der „Provinz“ veranstaltete Abend für innere Mission gestaltet sich zu einer eindrucksvollen Kundgebung für die Beibehaltung des Religionunterrichtes in der Schule. Mehrere Lehrer haben im Anschluß an die Aufführung des Pastors prim. Gottesdienst die Erklärung, daß sie nach wie vor auf dem Boden der Religionsschule stehen und die Aktion für die Beibehaltung der Kinder vom Religionunterricht variieren und im Interesse der Kinder bedauern. Den Hauptvortrag hielt Pastor Schöler aus Breslau über das Thema: „Wem dient die innere Mission?“ Gejüngte des Kirchenchores und ein kleiner Theaterspiel füllten den Abend aus schönste aus.

Kirchen-Nachrichten.

Nathol. Gottesdienst in der Pfarrkirche zu den „hl. Schutzengeln“ in Waldenburg.

Sonnabend den 1. November Zeit Allerheiligen. 7 Uhr Frühmesse, 8 Uhr Kindergottesdienst, 1/10 Uhr Hochamt und Predigt. Nachm. 2 Uhr Sonnenanfangsamt und hl. Segen. — Sonntag nachm. 4 Uhr Enthüllung der Gräber auf dem Friedhof.

Kantabaf

gibt Hd. an Wiederverkäufer ab
Zigarrenfabrikant
H. Biener,
Waldenburg, Gottesberger Str.



bülig bei

Helene Bruske, Löperstraße Nr. 26,
Reparatur-Werkstatt
für zerbrochenen Haarschmuck.

P. reiner Übersee-
Blättertabak

frisch eingetroffen!!!

Gerner:

**Zigarren, Zigaretten
und Tabak geschnitten.**
Probepacke gegen Rücknahme
gerne zu Diensten.

Dr. Mittel & Co.,

Beuthen O.-S.,
Kaiser Franz-Josef-Platz 12.
Telephon: 1786.

Telegrammadr.: Chemittel.

Lebensmittel- und Kindernährmittelläden.

Auf der Woche vom 3. bis 7. November 1919 können zu nachfolgenden Preisen empfangen werden:

Gegen Abschnitt 188 der Lebensmittelkarte:
150 g weiße amerikan. Bohnen für 28 Pf. (das kg 250 Mark),
gegen Abschnitt 187 der Lebensmittelkarte:

100 g Kasseler Suppenmehl für 21 Pf.,
oder 2 Suppenmärtel à 18 Pf.,
gegen Abschnitt 188 der Lebensmittelkarte:

125 g Marmelade für 28 Pf.,
oder Kunsthonig für 21 Pf., oder Speisefrucht für 17 Pf.

Herner gegen Abschnitt 186 der Kindernährmittelkarte:

100 g Buchweizenmehl für 16 Pf.,
gegen Abschnitt 157 der Kindernährmittelkarte:

1 Pack Zwieback für 44 Pf.,
oder Fleck für 39 Pf.

Die Abschnitte verlieren ihre Gültigkeit am 7. November mittags.
Waldenburg, den 24. Oktober 1919.

Der Landrat.

Ober Waldenburg.

Sonnabend den 1. November früh von 8 Uhr ab findet vom Eiskeller aus ein Verkauf von roten Mohrrüben zum Preise von 11 Pf. je Pfund statt. Bei Entnahme von einem Viertel Zentner und mehr wird der Verkaufspreis auf 10½ Pf. je Pfund ermäßigt.

Da in Folge der Kartoffelknappheit mit einer Herabsetzung der Kartoffelverbrauchsmenge gerechnet werden muß, wird eine Eindeutung mit Mohrrüben dringend empfohlen.

Ober Waldenburg, 30. 10. 19. Der Gemeindevorsteher.

Neuendorf.

Die unter dem Schweinebestande des Hausschweizers Kindler in Steingrund ausgebrochene Schweinepest ist erloschen.

Neuendorf, 30. 10. 19. Gemeindevorsteher.

Neuendorf.

Ausgabe der Petroleumkarten Montag den 3. November c., vormittags 8½ Uhr, im Gemeindebüro.

Neuendorf, 30. 10. 19. Der Gemeindevorsteher.

Neuendorf. Gemeindevertretersitzung.

Montag den 3. November c., nachmittags 5 Uhr, im Scholzen-Gastlokal hier selbst. Die Tagesordnung kann im Gemeindebüro eingesehen werden.

Neuendorf, 30. 10. 19. Der Gemeindevorsteher.

Berliner Warenhaus

Adolf Jacobsohn.

Grosse Posten Glaswaren

zu bekannt billigen Preisen.

Glasschüsseln,	in den schönsten Mustern. Mk. 0.98, 0.78, 0.58 und	0.48
Glasteller,	auch Steinmuster. Mk. 0.98 und	0.78
Glasschalen,	große, gelippte, als Kuchenteller, Mk.	1.85
Glasschüsseln,	große, Bandgrasmuster. Mk.	1.45
Glasschüsseln u. Glasteller,	extra große, Steinmuster, hübsches Geschenk, Mk.	2.95
Glasschiffchen,	große Auswahl, Stück Mk. 3.45,	2.45
Butterdosen,	große Auswahl, Stück Mk. 3.45,	2.45
Käseglocken	mit Untersatz, in versch. Mustern, Mk.	3.95
Zuckerbecher, Mk. 1.25	Citronenpressen	0.87
Sturzkaraffen,	Wasserkaraffen	2.45
mit Goldband, Mk. 3.45	Bierbecher, hohe Form,	0.98
Wassergläser, Stck. 0.38	Weingläser,	
Likörgläser, Stck 0.38	weiß und grün, Mk.	1.95

Bierkrüge, in verschiedenen Formen, Stück Mk. **5.50**
Bierservice, Krug u. 6 Gläser, zusammen Mk. **6.50**

Für Gastwirte

, in großer Auswahl und zu vorteilhaften Preisen:

**Likörgläser — Bierbecher — Bierseidel,
Grätzer Tulpen — Portweingläser,
Weingläser — Sektgläser — Römer,
weiß und grün,**

Spielkarten und Sechsundsechzigzähler.

Bettlässen,

auch nervöse Blasenschwäche etc. wird beseitigt durch bewährtes kombiniertes Verfahren

bei beiden Geschlechtern. Verlangen Sie kostenlos Prospekt u. Sie Alter u. Geschlecht an. Dr. med. Eisenbach, München. Schwanthalerstr. 43/A 91.

Auskunft umsonst bei **Schwerhörigkeit,** Ohrgeräusch, nervösen Ohren-Schmerzen. Glänzende Anerkennungen. Sanitas-Depot Halle a. S. 207 b.

Zahle
jeden Preis für einen Laden oder Grundstück in bester Lage von Bad Salzbrunn. Offerten unter B. S. in die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Familienunterstützung.

Die Auszahlung der Familienunterstützung an die im Stadtbezirk Waldenburg wohnhaften Angehörigen der Kriegsteilnehmer für die 1. Novemberhälfte findet am

Montag den 3. November d. J.

in der Stadthauptkasse (Rathaus) vorm. von 8—1 Uhr statt. Bei dieser Zahlung erfolgt die Auszahlung einer vom Kreise bezw. von der Stadt bewilligten einmaligen außerordentlichen Unterstützung in Höhe der monatlichen Familienunterstützung an sämtliche Familienunterstützungsempfänger.

Die Auszahlung der Familienunterstützung an die im Stadtteil Altwasser wohnhaften Familienunterstützungsempfänger findet am Sonnabend den 1. November d. J.

von 2 Uhr nachm. ab wie in bisheriger Weise statt.

Die Auszahlung der einmaligen außerordentlichen Unterstützung an die im Stadtteil Altwasser wohnhaften Familienunterstützungsempfänger findet in der Zeit vom 1.—15. November d. J. statt.

Benötigt wird, daß nur die am 1. November d. J. noch anspruchsberechtigte Familienunterstützungsempfänger die einmalige außerordentliche Unterstützung erhalten.

An Kinder und Dienstboten wird kein Geld gezahlt. Die Rückkehr aus der Gefangenenschaft sowie die Entlassung aus dem Heeresdienst ist sofort dem Wohlfahrtsamt (Hotel Pleiß'cher Hof, 2. Stock, Zimmer 27) und in der Nebenstelle der Stadthauptkasse im Stadtteil Altwasser zu melden.

Waldenburg, den 28. Oktober 1919.

Der Magistrat.

Neue Straßenbezeichnung.

Die Benennung Bergstraße im Stadtteil Waldenburg fällt fort.

Es erhalten die Häuser	der Bergstraße 1 jetzt die Bezeichnung Töpferstraße Nr. 34 c,	34 d,
• • •	1 a • •	34 e,
• • •	2 • •	34 f,
• • •	3 • •	Wohlstraße 7 c,
• • •	4 • •	7 b,
• • •	5 • •	7 a,
• • •	6 • •	

Waldenburg, den 28. Oktober 1919.

Die Polizei-Verwaltung.

Am Sonnabend den 1. November d. J. findet im früheren Bäckerladen im Gashof zur Sonne hier der Verkauf von lebendem und geschlachteten Geflügel, sowohl die Vorräte reichen, an die heutige schwerarbeitende Bevölkerung statt.

Waldenburg, den 30. Oktober 1919.

Der Magistrat. Städt. Lebensmittelamt.

Kartoffelverkauf.

Die Kartoffeln auf die Kartoffelmarkte für die Woche vom 27. Oktober bis 2. November 1919 können im Stadtteil Waldenburg am Sonnabend den 1. und Montag den 3. November bei sämtlichen Kartoffelhändlern und für den Stadtteil Altwasser bei den Kartoffelhändlern Friemel, Karlshüttenstraße, Töpper, Bergstraße, Spitzer, Charlottenbrunner Straße, Lützel, Zellstraße, und im Keller der kath. Niederschule mit 6 Pfund je Kopf entnommen werden.

Waldenburg, den 30. Oktober 1919.

Der Magistrat. Städtisches Lebensmittelamt.

Fleisch- und Zuckerkarten.

Die Ausgabe der neuen Fleisch- und Zuckerkarten für den Stadtteil Waldenburg findet am Sonnabend den 1. November d. J., vormittags von 9—1 Uhr, im Schützenhausaal und für den Stadtteil Altwasser im Saale des Gaslohs zum Deutschen Kaiser vormittags von 8—1 Uhr, an die Herren Hausbesitzer oder deren Stellvertreter (nicht Kinder) gegen Vorlegung eines Ausweises über ihre Person statt und sind die Karten sofort an die Hausbewohner auszuhändigen.

Waldenburg, den 30. Oktober 1919.

Der Magistrat. Städtisches Lebensmittelamt.

Behördenantrag, betreffend die Pflichtfeuerwehr.

Reserve-Kolonne 8 hat während des Monats November 1919 Feuerlöschdienst, worauf wir die Mitglieder dieser Abteilung unter Hinweis auf die auf der Rückseite ihrer Feuerlöschpflichtkarte abgedruckten Bestimmungen hiermit aufmerksam machen.

Waldenburg, den 28. Oktober 1919.

Der Magistrat.

Ober Waldenburg.

Fleisch- und Zuckerkarten.

Die Herren Hausbesitzer oder deren Stellvertreter werden erachtet, die neuen Fleischkarten sowie die Zukerkarten für den Monat November 1919 am Sonnabend den 1. November 1919 von 5—6 Uhr nachmittags im heutigen Lebensmittelamt abzuholen.

Ober Waldenburg, 31. 10. 1919. Gemeindevorsteher.

Dittersbach.

Die Herren Hausbesitzer oder deren Stellvertreter werden erachtet, die ab 1. November d. J. geltenden Fleischkarten und die Zukerkarten pro November

Sonnabend den 1. November d. J., vorm. 9—1 Uhr in Zimmer 4 (Einwohnermeldeamt) abzuholen.

Dittersbach, 30. 10. 1919. Gemeindevorsteher.

Nieder Hermsdorf.

Gemeindeverordneten-Sitzung Freitag den 7. November c., nachm. 4 Uhr, im Sitzungszimmer der evangelischen Schule II. Tagesordnung: a) Öffentliche Sitzung. 1. Schaffung einer Walderholungsstätte für Kinder; Bewilligung der Kosten. 2. Beschaffung von Baumaterialien für den Bau von Wohnhäusern in der Siedlung im kommenden Frühjahr. 3. Einrichtung eines weiteren Wannenbades in der Gemeindebadeanstalt. 4. Erhöhung der Gebühren für die Nutzung der Gemeindebadeanstalt. 5. Anlage eines Brunnens hinter dem Gehöft des Gemeindebeamten. 6. Wahl eines Schiedsmannes für den 1. Bezirk an Stelle des Schuhmachermeister Herrmann. 7. Änderung des Gemeindebeschlusses vom 18. Februar 1909 betr. die Erhebung von Fremdenbeitrag. 8. Erhöhung des Stillgeldes. 9. Erhöhung der Entschädigung für Arbeitsverdienst-Verlust der Gemeindevertreter und Ausländermitglieder durch Teilnahme an Sitzungen. 10. Erhöhung des Lohnes der Müllabfuhrarbeiter; Bewilligung einer Beschaffungsbeihilfe. 11. Bewilligung der Kosten für die Anlage einer elektrischen Flurlampe im Schulgebäude III. 12. Abgabe einer Verpflichtungsklärung betr. die Unterhaltung der Bürgersteige und Kanalanlagen in der Kolonie F. Gr. 13. Bildung einer Preisprüfungsstelle. 14. Bewilligung eines Zuschusses zur Gewährung ehemaliger Beihilfen an Kriegerfrauen und Witwen. 15. Steiner niedrigstlagen. 16. Kennzeichnungen. 17. Geheime Sitzung. Nieder Hermsdorf, 22. 10. 1919. Gemeindevorsteher.

Nieder Hermsdorf. Pflichtfeuerwehr.

Im Monat November 1919 hat die Reserve-Kolonne Nr. 11 Feuerlösch- oder Übungsdienst.

Beim Erkennen des Signals haben sich die Feuerlöschpflichtigen, versehen mit der Feuerlöschpflichtkarte, bei einer Übung auf dem Übungsort (Feuerwehr-Gerätehaus), bei einem Feuer an der Brandstelle einzufinden. Tag, Stunde und Ort der Feuerwehr-Übung für Kolonne Nr. 11 wird noch besonders bekanntgegeben. Fernbleiben vom Feuer oder der Übung ist bitten 3 Tage bei dem Unterzeichneten hinreichend zu entschuldigen; es ist auch zulässig, beim Übungsdienst schon vor dem Übungstermin Befreiung von der Übung nachzusuchen, wenn dazu ein ausreichender Grund vorliegt.

Nieder Hermsdorf, 23. 10. 1919.

Gemeindevorsteher.

Hosen-, Flanin-, Ziegen-, Rehfelle

sowie alle anderen Sorten Felle kaufen

Max Fleischers Nachf., Inh.: Max Schmid,

Töpferstraße 20.